

Sessionsbericht

Sommersession 2009 (25. Mai – 12. Juni)

Von Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

Die Sommersession stand im Zeichen gewichtiger sozial-, gesundheits- und wirtschaftspolitischer Dossiers und Debatten. Das Parlament hat die Mehrwertsteuererhöhung für die IV-Finanzierung um ein Jahr verschoben. National- und Ständerat haben den Zulassungsstopp um zwei weitere Jahre verlängert, diesen aber eingeschränkt. In Rekordzeit wurde der erste Teil der Mehrwertsteuerreform verabschiedet.

Aussenwirtschaftlich wurden zwei wichtige Entscheide getroffen. Zum einen hat das Parlament das Cassis-de-Dijon-Prinzip im Verhältnis mit den EU-Ländern eingeführt. Zum anderen wurde ein Freihandelsvertrag mit Japan gutgeheissen. Schliesslich hat das Parlament die teilweise Umwandlung der CO2-Abgabe in eine neue Energiesteuer beschlossen. Die Revision des Militärgesetzes ist an einer Allianz aus SVP, SP und Grünen gescheitert. Schliesslich bestätigten sowohl National- als auch Ständerat den Beschluss des Bundesrates, aus der Post keine Postbank zu machen.

Der Ständerat hat als Erstrat die Aktienrechtsrevision beraten und die sogenannte „Abzocker-Initiative“ zur Ablehnung empfohlen. Auf der Traktandenliste der kleinen Kammer standen zudem die 11. AHV-Revision sowie die 4. Revision der Arbeitslosenversicherung. Die kleine Kammer hat des Weiteren die befristete Aufstockung der Mittel für den Währungsfonds sowie eine Neuregelung der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft beschlossen.

Der Nationalrat hat eine dringliche Debatte zur Gesundheitspolitik sowie eine ausserordentliche Debatte zum Strafrecht durchgeführt. Auf die Revision des Mietrechts trat die grosse Kammer nicht ein. Entgegen dem Willen der FDP beschloss der Nationalrat die Wiedereinführung der Buchpreisbindung und die Schaffung eines Hundegesetzes. Während das Rüstungsprogramm den Rat problemlos passierte, wurde die Schaffung einer Bilanzreserve für die Landwirtschaft abgelehnt. Schliesslich beschloss die grosse Kammer, die Revision des Unfallversicherungsgesetzes in die zuständige Kommission zurückzuweisen.

Am letzten Tag der Session gab Bundesrat Pascal Couchepin bekannt, dass er auf Ende Oktober 2009 aus dem Bundesrat zurücktreten wird. Er beendet seine Karriere nach 41 Jahren Engagement für die Schweiz. Seit seiner Wahl in den Bundesrat 1998 war er verantwortlich für Politikbereiche, denen aus Sicht der Liberalen höchste Bedeutung zukommt: Wirtschaft sowie Gesundheit, Soziales, Bildung, Forschung und Kultur. Die FDP-Liberale Fraktion dankt Pascal Couchepin herzlich für seinen unermüdlichen Einsatz im Dienst für die Schweiz.

1. Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- › Im Sinne der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL) wurde der erste Teil der Mehrwertsteuerreform bereinigt.
- › Mit der Unterstützung der Fraktion RL beschloss das Parlament einen Freihandelsvertrag mit Japan und bereinigte die letzten Differenzen beim Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse. Dies ist ein wichtiges Zeichen gegen Protektionismus und für den Freihandel.
- › Gegen den Willen der FDP-Fraktion beschloss der Nationalrat die Buchpreisbindung sowie die Teilzweckbindung beim CO2-Gesetz.



- › Der Nationalrat hat den Antrag der Einigungskonferenz bei der Revision des Militärgesetzes entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion abgelehnt und damit die gesamte Vorlage zum Scheitern gebracht.
- › Der Ständerat schlägt bei der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft eine Lösung vor, welche die FDP in die Debatte eingebracht hat.
- › National- und Ständerat haben mehrere Volksinitiativen im Sinne der Fraktion FDP-Liberale beurteilt: Der Ständerat lehnt die „Abzocker-Initiative“, die Anti-Minarettinitiative sowie die Volksinitiative gegen die Kriegsmaterialausfuhr ab. Der Nationalrat empfiehlt seinerseits die sogenannten Tandem-Initiativen zur „Rettung des Schweizer Bodens“ ab.

2. Vereinigte Bundesversammlung

- › **Gesamterneuerung und Neuwahlen Bundesstrafgericht:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat die Gesamterneuerungswahlen am Bundesstrafgericht durchgeführt. Alle kandidierenden 14 Richterinnen und Richter wurden problemlos wiedergewählt. Gleichzeitig wählte die Bundesversammlung drei neue Richter an das Bundesstrafgericht. Das beste Resultat erzielte mit 193 Stimmen Giuseppe Muschietti (FDP). Es folgt Joséphine Contu (FDP) mit 189 Stimmen sowie Nathalie Zufferey von den Grünen mit 180 Stimmen.

3. Geschäfte beider Räte

- › **Inkraftsetzung der Mehrwertsteuererhöhung um ein Jahr verschoben:** Die Mehrwertsteuer-Erhöpfung zugunsten der IV wird um ein Jahr auf Anfang 2011 verschoben. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat mit 112 zu 8 Stimmen bei 74 Enthaltungen die Änderung der Abstimmungsvorlage vom 27. September gutgeheissen. Die von der Wirtschaftskommission des Ständerates lancierte Änderung revidiert die Abstimmungsvorlage in einem Punkt: Der Mehrwertsteuerzuschlag von 0,4 Prozent soll von 2011 bis 2017 statt von 2010 bis 2016 erhoben werden. Damit ändert sich über die gesamte Zeit gesehen für die Finanzlage der IV und der AHV nichts. Der Bund trägt allerdings höhere Zinslasten von rund 30 Millionen Franken pro Jahr. Mit der Verschiebung der Inkraftsetzung wird auf die weitere Verschlechterung der Konjunktur reagiert. Dies ist im Sinne der Konsumenten, welche durch die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer mehr belastet werden. Die Vorlage, die am zweitletzten Tag der Session eingebracht worden war, wurde in der Schlussabstimmung mit 34 zu 4 beziehungsweise mit 114 zu 9 Stimmen bei 71 Enthaltungen angenommen.
 - › **Staatsrechnung 2008:** Die Staatsrechnung 2008 weist als Finanzierungsergebnis ein Defizit von 3,6 Milliarden Franken aus. Dahinter verbergen sich zwei gegenläufige Extreme: Ein markanter Überschuss im ordentlichen Haushalt einerseits und hohe ausserordentliche Ausgaben andererseits. Das *ordentliche Finanzierungsergebnis* übersteigt mit einem Überschuss von 7,3 Milliarden dasjenige des Vorjahres (Verbesserung um 3,2 Mrd.) und des Voranschlags (Verbesserung um 6,2 Mrd.) und reiht sich somit ein in den Trend der sukzessiven Verbesserung des Bundeshaushalts seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003. Während der ordentliche Haushalt noch von einem insgesamt positiven Gang der Schweizer Wirtschaft zeugt, fanden die dramatischen Ereignisse auf den internationalen Finanzmärkten ihren Niederschlag im *ausserordentlichen Haushalt*. Im Rahmen der Massnahmen zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems tätigte der Bund ausserordentliche Investitionsausgaben von 6 Milliarden für die Zeichnung der Pflichtwandelanleihe der UBS. Im Ständerat war die Staatsrechnung unbestritten. Der Nationalrat genehmigte die Staatsrechnung mit 125 zu 41 Stimmen. Wie zuvor der Ständerat hiess er zudem einen Nachtragskredit von 144 Millionen Franken gut. Anders als in der kleinen Kammer ging das Geschäft aber nicht ohne Misstöne über die Bühne. In populistischer Manier sprach sich die SVP-Fraktion gegen die Staatsrechnung aus, mit der Begründung, dass risikogerechte Rückstellungen fehlten. Die Anträge der SVP wurden im Rat deutlich verworfen.
 - › **Erster Teil der Mehrwertsteuerreform unter Dach:** Der erste Teil der umfassenden Mehrwertsteuerreform ist bereinigt. In einer Rekordzeit von lediglich neun Monaten wurde dieses
-

hochkomplexe Geschäft beraten und kann somit auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten. Die Behandlung dieses Geschäfts beweist es: das schweizerische Milizparlament ist allen Unkenrufen zum Trotz durchaus in der Lage, rasch, effizient und gründlich zu arbeiten. Dies war möglich, weil der politische Wille zur Problemlösung vorhanden war. Stillschweigend hat der Ständerat in der dritten Sessionswoche die letzten Differenzen zum Nationalrat ausgeräumt. In der umstrittenen Frage der privilegierten Mindestumsatzgrenze für Sport- und andere Vereine einigten sich die Räte auf einen Kompromiss: Ab einem Umsatz von 150'000 Franken sollend diese Institutionen mehrwertsteuerpflichtig sein. Die Revision soll auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten. Das total revidierte Gesetz bringt für alle Mehrwertsteuerpflichtigen namhafte Entlastungen, insbesondere beim Vorsteuerabzug. Hinzu kommen Verbesserungen bei der Rechtssicherheit und beim Abbau des Formalismus. Nach dem erfolgreichen Abschluss des ersten Teils der Reform, gilt es nun den zweiten Teil in Angriff zu nehmen und dem Einheitssatz zum Durchbruch zu verhelfen.

- › **Cassis-de-Dijon-Prinzip wird eingeführt:** Das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse ist nach mehrmaligem Hin und Her zwischen den Räten bereinigt worden. Die Grundidee des Bundesgesetzes – welches von der FDP. Die Liberalen unterstützt wird – ist es, Importe von Produkten zuzulassen, die im EWR-Raum rechtmässig in Verkehr gebracht wurden. Um zu verhindern, dass Schweizer Hersteller durch diese Regelung diskriminiert werden, sieht die Vorlage vor, dass diese künftig auch nach den Vorschriften eines europäischen Landes produzieren können. Durch den Abbau der technischen Handelshemmnisse ergeben sich für die Schweizer Wirtschaft Einsparungen von rund 2 Milliarden Franken (bei Gesamtimporten von rund 139 Milliarden Franken). In der Schlussabstimmung wurde das Geschäft mit 43 zu 2 Stimmen im Ständerat sowie mit 101 zu 82 Stimmen im Nationalrat gutgeheissen.
 - › **Zulassungsstopp verlängert:** Der Ende Jahr auslaufende Zulassungsstopp soll nach Ansicht der Räte um zwei Jahre verlängert werden. Die Räte wollen den Zulassungsstopp auf die Spezialärzte beschränken und die Grundversorger ausnehmen. Neu eingeschlossen sind auch die in Spitalambulatorien tätigen Spezialisten. Als Erstrat sprach sich der Nationalrat mit 95 zu 55 Stimmen für diese Lösung aus. Der Ständerat folgte diesem Beschluss ohne Änderungen mit 23 zu 8 Stimmen. Auch der Ständerat will den Zulassungsstopp für Ärzte um zwei Jahre verlängern. Ohne Änderungen ist die Kleine Kammer dem Entscheid des Nationalrats mit 23:8 Stimmen gefolgt. Wie der Nationalrat will auch der Ständerat den Stopp neu auf Spezialärzte beschränken und die sogenannten Grundversorger ausnehmen. Weiter soll der Zulassungsstopp auch auf Spezialärzte in Spitalambulatorien ausgedehnt werden.
 - › **Umwandlung der CO2-Abgabe in Steuer beschlossen:** Die parlamentarische Initiative Hegetschweiler will die CO2-Lenkungsabgabe in eine Zwecksteuer umwandeln. Ein Drittel der CO2-Abgabe (maximal 200 Mio. Franken jährlich), die seit letztem Jahr auf fossilen Brennstoffen (Heizöl, Erdgas, Kohle) erhoben wird, soll für die Förderung energetischer Gebäudesanierungen reserviert werden. Der Ertrag der CO2-Abgabe wird also nur noch zu zwei Dritteln gleichmässig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückerstattet. Der Ständerat hat sich mit 27 gegen 7 Stimmen für diese Teilzweckbindung und damit für die teilweise Umwandlung der CO2-Abgabe in eine neue Energiesteuer ausgesprochen. In der Detailberatung nahm der Ständerat diverse Änderungen gegenüber dem Vorschlag des Nationalrats vor. So wollte der Ständerat beim nationalen Programm für Gebäudesanierungen von den Kantonen nicht zwingend eine finanzielle Beteiligung fordern. In der Frage der erneuerbaren Energien sollen die Mittel auch für Gebäudetechnik und Abwärmenutzung verwendet werden dürfen. Um dem Bundesrat beim Vollzug mehr Flexibilität einzuräumen, sollen zudem jährlich maximal ein Drittel der Mittel - also etwa 67 Millionen Franken - in Programme für erneuerbare Energien fließen. Der Nationalrat schloss sich in der Differenzbereinigung in diesen Punkten dem Ständerat an. Die Fraktion FDP-Liberale sprach sich gegen die Teilzweckbindung aus. Denn damit wird das politische Versprechen gebrochen, wonach die CO2-Abgabe als kostenneutrale, reine Lenkungsabgabe erhoben werden soll. Aus Sicht der FDP-Liberalen sollten energetische Sanierungen mit Steueranreizen anstelle von Subventionen gefördert werden.
 - › **Ständerat hält an Werbeverbot für Alkohol am Fernsehen fest:** Der Bundesrat hat mit der EU im Sinne eines Kompromisses eine Änderung des Abkommenstextes vereinbart: Die strengeren Werbe-
-

vorschriften können im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens durchgesetzt werden, vorausgesetzt sie sind verhältnismässig, nicht diskriminierend und im öffentlichen Interesse. Das Verbot religiöser und politischer Werbung sowie der Werbung für Spirituosen und Mischgetränke wie Alcopops kann dank diesem Verfahren aufrechterhalten werden. Anders ist es bei der Werbung für Bier und Wein. Diese ist nach dem RTVG für lokale TV-Veranstalter bereits zugelassen. Der Ständerat hat sich in der Frühjahrsession für die radikale Lösung entschieden, dass jede Werbung für Alkoholika in TV-Programmen der SRG, der Privaten und der ausländischen Werbefenster in Schweizer Medien unzulässig ist. Der Nationalrat lehnte es im Sinne der FDP-Fraktion mit 91 zu 78 Stimmen ab, Werbung für alkoholische Getränke ganz zu verbieten. In der Gesamtabstimmung passierte die RTVG-Revision mit 92 zu 30 Stimmen bei 43 Enthaltungen. Der Ständerat beharrt allerdings auf einem generellen Alkohol-Werbeverbot für alle Fernsehsender. Bei der zweiten Lesung des MEDIA-Abkommens mit der EU sprach er sich mit 21 zu 19 Stimmen erneut gegen den Bundesrat und den Nationalrat aus, die das Werbeverbot für Bier und Wein aufheben wollen. Das Geschäft geht wieder zurück an den Nationalrat.

- › **Revision des Militärgesetzes gescheitert:** Der Nationalrat hat die Revision des Militärgesetzes begraben. Entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale hat eine Allianz aus SVP, SP und Grünen das Gesetz 108 zu 63 Stimmen zu Fall gebracht. Die Einigungskonferenz hatte es zuvor nicht geschafft einen Konsens herzustellen. In ihrem Vorschlag ist sie dem Nationalrat und damit der ablehnenden Mehrheit weit entgegen gekommen. Am Obligatorium für Ausbildungsdienste im Ausland hielt die Einigungskonferenz aber fest, da sonst das Gesetz der letzten Substanz beraubt worden wäre. Einmal mehr hat die „unheilige Allianz“ eine armeepolitische Vorlage zu Fall gebracht.
 - › **Noch keine Einigung beim Verfassungsartikel Forschung am Menschen:** National- und Ständerat halten an der Differenz beim Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen fest. Der Ständerat hält aus staats- und verfassungsrechtlichen Gründen daran fest, die Wahrung der Forschungsfreiheit nicht speziell zu verankern, da diese bereits unter dem Oberbegriff der Wissenschaftsfreiheit (Art. 20 BV) subsumiert werden könne. Der Nationalrat hat im Differenzbereinigungsverfahren deutlich – mit 119 zu 40 Stimmen – an der speziellen Verankerung der Forschungsfreiheit festgehalten. Mit dem Entwurf eines neuen Artikels 118a der Bundesverfassung und mit dem Gesetzesentwurf über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz) soll der Bund eine ausdrückliche Zuständigkeit für das gesamte Gebiet der Forschung am Menschen im Gesundheitsbereich erhalten. Das Geschäft geht nochmals zurück an den Ständerat.
 - › **Genehmigung von zwei Freihandelsabkommen:** Nachdem der Nationalrat in der ersten Sessionswoche das Freihandelsabkommen mit Japan einstimmig genehmigt hatte, folgte der Ständerat diesem Beschluss in der dritten Sessionswoche. Das Abkommen mit Japan ist aussenwirtschaftlich äusserst bedeutsam. Japan ist nach der EU und den USA der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz. Das Freihandelsabkommen stärkt die Position der Schweizer Wirtschaft in Japan und fördert den wirtschaftlichen Austausch. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und den damit verbundenen protektionistischen Tendenzen von grosser Bedeutung. Als Erstrat hat der Nationalrat des Weiteren das Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Kolumbien mit 113 zu 65 Stimmen gutgeheissen. Dem Entscheid ging eine längere Grundsatzdebatte zum Freihandel und zum Menschenrechtsengagement. Die Linke wollte das Geschäft mit Verweis auf die Menschenrechtslage an den Bundesrat zurückweisen. Von Seiten der Fraktion RL betonte Nationalrätin Brunshawig Graf, dass ein Verzicht auf das Freihandelsabkommen die Menschenrechtslage nicht verbessere. Vielmehr werde die Lage durch intensivere Freihandelsbeziehungen gefördert.
 - › **Keine Bankenlizenz für die Post:** Der Nationalrat lehnt die Schaffung einer Postbank mit 98 zu 69 Stimmen ab. Er sprach sich im Sinne der Fraktion RL gegen eine Parlamentarische Initiative aus, die verlangte, dass es der Post zu erlauben sei, Betriebs- und Hypothekarkredite zu gewähren. Die Mehrheit des Rates beurteilte es als ordnungspolitisch falsch, wenn der Staat Bankgeschäfte betreiben würde. Auch besteht für kleinere und mittlere Unternehmen derzeit keine Kreditklemme. Der Bundesrat hatte bereits am 6. Mai 2009 eine Erweiterung der Geschäftstätigkeiten von PostFinance zur Stabilisierung der Konjunktur abgelehnt. Ein Einstieg der PostFinance ins Kreditgeschäft hätte für den Steuerzahler hohe Risiken zur Folge. Die Kantonalbankenliquidationen Ende der 1990er Jahre zeigen deutlich, dass das Kreditgeschäft nicht ohne Risiken ist. In der dritten Sessionswoche befasste sich auch
-

der Ständerat mit der Frage Postbank. Wie zuvor der Nationalrat, lehnte der Ständerat einen Vorstoss, der auf die Erteilung einer Banklizenz für die Post abzielte, mit 21 zu 14 Stimmen ab.

- › **Finanzierungslücke bei FinöV-Projekten:** Der Nationalrat hat im Sinne der Fraktion RL eine Motion der nationalrätlichen Verkehrskommission mit 89 zu 83 Stimmen abgelehnt, die den Bundesrat beauftragen wollte, im Rahmen eines dritten Konjunkturprogramms Massnahmen zu treffen, damit die wegen Rezession im FinöV-Fonds entstandene Finanzierungslücke geschlossen oder verringert wird. Dagegen hat der Ständerat die gleichlautende Motion der ständerätlichen Verkehrskommission mit 26 zu 2 Stimmen gutgeheissen.
- › **Geschäftsbericht des Bundesrates 2008:** Die beiden Räte haben den Geschäftsbericht des Bundesrates für das Jahr 2008 behandelt. In den Debatten wurden unter anderem die widersprüchlichen Äusserungen der Bundesratsmitglieder in der Öffentlichkeit sowie das Fehlen einer einwandfreien Rechtsgrundlage für das bereits dreimal verlängerte Al-Kaida-Verbot bemängelt.
- › **Zustimmung zu neuem Trassenpreissystem:** National- und Ständerat haben je eine Motion überwiesen, welche eine grundlegende Reform des Trassenpreissystems bezwecken. Das System soll von der Gewichtsbasierung in Richtung Markt reformiert werden. Dabei sollen unter anderem folgende Kriterien berücksichtigt werden: Priorität im Netz, Belegung der Strecken, Qualität der Trassen und Transporteffizienz. Trotz des deutlichen politischen Willens zur Reform, ist Skepsis angezeigt. Denn das Bundesamt für Verkehr hat bereits höhere Trassenpreise in Aussicht gestellt. Dies würde den Güterverkehr noch schlechter stellen.
- › **Parlament lehnt neue Unvereinbarkeits- und Ausstandsregeln ab:** Wer in einer Krankenkasse eine Führungsfunktion ausübt, soll weder vom Parlament ausgeschlossen werden noch bei Geschäften, welche die Krankenkassen betreffen, in den Ausstand treten müssen. Die beiden Räte lehnten entsprechende Vorstösse von Anita Fetz (SP/BS) und Jaqueline Fehr (SP/ZH) jeweils deutlich ab. Den Abstimmungen ging jeweils eine Debatte über das Wesen des Milizsystems voraus.

4. Geschäfte des Nationalrats

- › **Dringliche Debatte zu den Gesundheitskosten:** In einer dringlichen Debatte hat der Nationalrat am Mittwoch Rezepte gegen die steigenden Gesundheitskosten diskutiert. Anlass für die Debatte bildeten insgesamt fünf Vorstösse aus dem bürgerlichen und dem linksgrünen Lager. Diese nahmen - in der einen oder andern Form - alle Bezug auf die jüngste Ankündigung einer Erhöhung der Prämien bis zu 20 Prozent und verlangten deshalb Massnahmen zur Bekämpfung des Kostenwachstums im schweizerischen Gesundheitswesen. Den von Grünen und SVP geforderten Prämienstopp wies Bundesrat Pascal Couchepin richtigerweise als untauglich zurück. Er verteidigte seinen Kurs und verwies bei seinen Ausführungen mehrfach auf das vom Bundesrat erste Ende Mai vorgelegte Paket mit dringlichen Massnahmen gegen die Kosten- und Prämienexplosion. Das Paket soll unter dem Strich Einsparungen von mehreren hundert Millionen Franken bringen.
 - › **Ausserordentliche Session zu Verschärfungen des Strafrechts:** Der Nationalrat hat in der zweiten Sessionswoche eine ausserordentliche Session zum Thema Strafrecht durchgeführt und dabei rund 80 Vorstösse behandelt. In der Debatte wurden härtere Sanktionen für Delikte gegen Leib und Leben oder die sexuelle Integrität verlangt. Kritisiert wurden des Weiteren auch die bedingten Geldstrafen im neuen Strafrecht. Dieses Thema hatte die FDP-Liberale Fraktion als erste aufgegriffen und bereits vor Jahresfrist einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. In der Debatte sprachen sich die Vertreter/innen der FDP-Liberale Fraktion für Verbesserungen des Strafrechts aus, warnten aber vor unüberlegten Schnellschüssen.
 - › **Mietrechtsrevision gescheitert:** Am ersten Sessionstag hat es der Nationalrat im Sinne der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt, auf die Mietrechtsrevision einzutreten. Der Rat folgte damit der Rechtskommission. Die Botschaft des Bundesrates sah vor, die Mieten von den Hypothekarzinsen zu entkoppeln und an die Teuerung zu binden. Die Vorlage basierte auf einem Kompromiss der Vermieter- und Mieterverbände. Der Bundesrat veränderte den Kompromiss in einem wesentlichen Punkt: Für die Berechnung der Teuerung sollte nicht der übliche Landesindex der Konsumentenpreise massgebend
-

sein, sondern ein eingeschränkter Index. Die Vermieter-, aber auch Teile der Mieterverbände distanzieren sich daraufhin von der Vorlage. Der Nationalrat beschloss mit 119 zu 61 Stimmen Nichteintreten auf die Vorlage.

- › **Forschungsgesetz noch nicht verabschiedet:** Der Nationalrat hat als Zweitrat der Teilrevision des Forschungsgesetzes mit 115 zu 53 Stimmen zugestimmt. Die Förderagentur für Innovation des Bundes (KTI) erhält damit mehr Autonomie und einen grösseren Zuständigkeitsbereich. Seit 1943 unterstützt der Bund Projekte von Wirtschaft und Wissenschaft, aktuell mit gut 100 Millionen Franken jährlich. Mit der Teilrevision wird die KTI als Behördenkommission aus der Verwaltung gelöst. Ihr soll das Recht gegeben werden, selbst zu entscheiden, welche Förderprojekte sie unterstützen will. Auch die übrigen Aufgaben der Innovationsförderung wie die Unterstützung von Start-up-Firmen sollen zur KTI gehören. In der Gesamtabstimmung lehnte die SVP das Gesetz ab. Ihre Anträge für noch mehr Transparenz und Berichterstattung waren samt und sonders abgelehnt worden. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
 - › **Nein zur Bilanzreserve für die Landwirtschaft:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Schaffung einer Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen für die Landwirtschaft für den Fall von Liberalisierungsschritten. Die Botschaft des Bundesrates sieht vor, die Zolleinnahmen der Jahre 2009-2016 aus den Einfuhren von Lebensmitteln für die Finanzierung von Begleitmassnahmen zu reservieren. Solche Massnahmen sollten für den Fall des Abschlusses eines Freihandelsabkommens mit der EU sowie für den Fall eines Durchbruchs bei den WTO-Verhandlungen verwendet werden. Der Nationalrat beschloss mit 111 zu 60 Stimmen bei 13 Enthaltungen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Dieser wird sich in Kenntnis des Berichts der vom Bundesrat eingesetzten Arbeitsgruppe über die Ausgestaltung der Begleitmassnahmen mit dem Geschäft befassen.
 - › **Nationalrat beschliesst Wiedereinführung der Buchpreisbindung:** Für Bücher sollen in der Schweiz wieder verbindliche Preise gelten. Der Nationalrat hat den Schutz des Kulturgutes Buch höher gewertet als den freien Wettbewerb. Er stimmte der Gesetzesvorlage entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale mit 103 gegen 74 Stimmen zu. Die Gesetzesvorlage war aufgrund einer parlamentarischen Initiative des inzwischen verstorbenen Nationalrates Jean-Philippe Maitre (CVP/GE) ausgearbeitet worden. Die Wettbewerbskommission hatte die Buchpreisbindung bereits 1999 als unzulässig taxiert, eine Auffassung, die im März 2007 vom Bundesgericht bestätigt wurde. Im Mai 2007 lehnte der Bundesrat das Gesuch des Schweizer Buchhändler- und Verlegerverbands (SBVV) ab, die Buchpreise vom Kartellverbot auszunehmen. Das Geschäft geht an den Ständerat.
 - › **Unfallversicherungsgesetz zurück an die Kommission:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Revision der Unfallversicherung befasst. Die Vorlage des Bundesrates sah lediglich punktuelle Anpassungen des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) vor. Namentlich am Teilmonopol der SUVA sollte nicht gerüttelt werden. In der Kommission wurde das Geschäft während rund 60 beraten. Dennoch kam keine mehrheitsfähige Vorlage zustande, weshalb die zuständige Kommission dem Nationalrat Nichteintreten auf die Vorlage beantragte. Der Nationalrat folgte seiner Kommission jedoch nicht, sondern beschloss – im Sinne der Fraktion FDP-Liberale – auf das Geschäft einzutreten, dieses aber an die Kommission zur Überarbeitung zurückzuweisen. Der Entscheid viel mit 102 zu 80 Stimmen und mit der Unterstützung der FDP, SVP und BDP. Mit 93 zu 56 Stimmen beschloss die grosse Kammer des Weiteren, die Beratungen über den zweiten, weitgehend unbestrittenen Teil der Vorlage auszusetzen, bis Klarheit über das Schicksal des ersten Teils besteht.
 - › **Tandem-Initiativen zur „Rettung des Schweizer Bodens“ abgelehnt:** Der Nationalrat hat als Erstrat die sogenannten Tandem-Initiativen des Umweltschützers Franz Weber behandelt und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Die erste Initiative verlangt, den Anteil von Zweitwohnungen auf 20 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes zu begrenzen. Die zweite Initiative verlangt, dass umwelt- und landschaftsbelastende Anlagen nur gebaut werden dürften, wenn „aus bildungs- oder gesundheitspolitischer, natur- oder landschaftsschützerischer Sicht gesamtschweizerisch ein dringendes Bedürfnis besteht.“ Dies würde de facto einem Baustopp für zahlreiche Projekte gleichkommen. Der Nationalrat lehnte die beiden Volksinitiativen nach längerer Debatte mit 121 zu 39 beziehungsweise mit 116 zu 33 Stimmen deutlich ab.
-

- › **Rüstungsprogramm klar angenommen:** Nach den Turbulenzen um das Rüstungsprogramm 2008 hat der Nationalrat die diesjährigen Beschaffungen mit 122 zu 55 Stimmen klar gutgeheissen. Im Vergleich zu anderen Jahren nimmt sich das Rüstungsprogramm 2009 mit 496 Millionen Franken eher bescheiden aus. Allerdings sind darin die Kosten für den Teilersatz der Kampfflugzeuge (ca. 2. Milliarden Franken) nicht enthalten. Auf Kritik stiess die Beschaffung einer 123 Millionen Franken teuren Simulationsplattform, mit welcher der Einsatz in überbautem Gelände geübt werden kann. Ein Antrag zur Streichung der Anlage scheiterte mit 122 zu 58 Stimmen, nachdem BR Maurer garantiert hatte, die Armee niemals gegen, sondern stets nur zum Schutze der Schweizer Bürger einzusetzen. Das Geschäft geht an den Ständerat.
 - › **WEF in Davos:** Der Nationalrat hat als Erstrat den Einsatz der Armee am World Economic Forum in Davos für die kommenden drei Jahre mit 114 zu 55 Stimmen genehmigt. Der Antrag von Hildegard Fässler (SP/SG), dass die privaten Gastgeber selber für die Sicherheit des „Debattierklubs“ aufkommen sollten, wurde ebenso abgelehnt wie der Antrag von Josef Lang (GP/ZG), den Einsatz nur für das nächste Jahr zu bewilligen.
 - › **Hundegesetz gutgeheissen:** Gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale hat der Nationalrat mit 97 zu 72 Stimmen bei 7 Enthaltungen ein nationales Hundegesetz gutgeheissen. Die Ratsmehrheit erhofft sich dadurch ein problemloseres Zusammenleben von Menschen und Hunden. Der umstrittene Erlass sorgt jedoch nicht für einheitliche Regeln, da die Kantone nach wie vor strengere Vorschriften beschliessen können. Ausserdem finden sich viele der Bestimmungen bereits in der Tierschutzverordnung. Damit auf nationaler Ebene überhaupt ein Hundegesetz erlassen werden kann, bedarf es einer Verfassungsänderung, der Volk und Stände zustimmen müssen. Aufgrund der Opposition seitens des Tierschutzes sowie der Hundelobby ist zudem ein Referendum gegen das Gesetz zu erwarten. Die Vorlage geht an den Ständerat.
 - › **Nationalrat lehnt Tieranwaltinitiative ab:** Nachdem das Parlament bereits beim Tierschutzgesetz sowie bei der neuen Strafprozessordnung die Einführung eines Tieranwalts abgelehnt hatte, musste der Nationalrat über eine Volksinitiative des Schweizerischen Tierschutzes befinden, die ein Tieranwalts-Obligatorium für alle Kantone in der Bundesverfassung verankern möchte. Der Nationalrat lehnte diese Initiative deutlich mit 107 zu 47 Stimmen ab. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Vorstösse im Steuerbereich:** Der Nationalrat hat gegen den Widerstand der politischen Linken eine Motion von alt Ständerat Thomas Pfistereter (FDP/AG) mit 99 zu 58 Stimmen überwiesen, die eine Vereinfachung des Steuersystems für natürliche Personen verlangt. Ebenfalls überwiesen wurde eine auf einen Vorstoss von Filippo Leutenegger (FDP/ZH) zurückgehende Motion der WAK-N überwiesen, welche verlangt, dass energetische Sanierungen steuerlich über mehrere Jahre in Abzug gebracht werden können. Diese Motion, die der Ständerat in einem ersten Anlauf in einen Prüfungsauftrag umgewandelt hatte, wurde deutlich mit 115 zu 52 Stimmen angenommen.
 - › **Verschärfungen im Bürgerrecht:** Wer das Schweizer Bürgerrecht erwerben will, muss künftig über gute Kenntnisse einer Landessprache verfügen. Der Nationalrat hat stillschweigend eine Motion angenommen, die den Bundesrat beauftragt, das Gesetz in diesem Sinn zu ändern. Mit 115 zu 56 Stimmen sprach sich der Nationalrat des Weiteren für strengere Regeln in Bezug auf die Nichtigerklärung von Einbürgerungen aus. Wer falsche Angaben macht oder Tatsachen verschweigt, um das Schweizer Bürgerrecht zu erlangen, dem soll dieses künftig während acht Jahren (bisher fünf Jahre) entzogen werden können.
 - › **Kein Rückführungsstopp für tamilische Asylsuchende:** Abgewiesene tamilische Asylsuchende sollen weiterhin nach Sri Lanka ausgeschafft werden können. National- und Ständerat haben eine Motion der aussenpolitischen Kommission deutlich abgelehnt, die einen generellen Rückführungsstopp verlangte. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf warnte, dass ein genereller Rückführungsstopp eine Signalwirkung hätte. Sie versicherte, dass jedes Asylgesuch individuell geprüft werde und Personen weggewiesen würden, die den Schutz der Schweiz nicht benötigten.
 - › **Kriterien für Hochspannungsleitungen:** Nach dem Ständerat fordert auch der Nationalrat vom Bundesrat präzise Kriterien für die Verkabelung von Hochspannungsleitungen. Der Kriterienkatalog
-

soll dazu dienen, die Frage zu klären, wann Hochspannungsleitungen in den Boden verlegt werden sollen.

5. Geschäfte des Ständerats

- › **Sondersession des Ständerates:** Die kleine Kammer wird am 10. und 11. August eine Sondersession zur Familienbesteuerung und zum Ausgleich der kalten Progression durchführen. Die WAK des Ständerates hatte es abgelehnt, die von der FDP geforderte und vom Nationalrat gutgeheissene Vorlage über den automatischen Ausgleich der kalten Progression zu behandeln. Auf diese Weise wurde verhindert, dass die Vorlage in der Sommersession behandelt werden konnte. Die kleine Kammer beschloss aufgrund eines Ordnungsantrags, den Ausgleich der kalten Progression sowie die kürzlich vom Bundesrat verabschiedete Botschaft zur Familienbesteuerung in einer Sondersession zu behandeln.
 - › **Aktienrechtsreform beraten und „Abzocker-Initiative“ abgelehnt:** Der Ständerat beschäftigte sich in der Sommersession als Erstrat mit der Revision des Aktienrechts sowie mit der sogenannten „Abzocker-Initiative“ von Thomas Minder. Die untaugliche Volksinitiative hatte im Ständerat keine Chance und wurde mit 26 zu 10 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Die vielen Vorschriften, Verbote und Strafdrohungen der Initiative würden die Standortattraktivität der Schweiz für börsenkotierte Unternehmen schwächen. Die negativen Folgen wären für die ganze Schweizer Wirtschaft spürbar. In der vom Bundesrat als Gegenvorschlag konzipierten Aktienrechtsrevision wurden zahlreiche Punkte der Initiative Minder aufgenommen, wobei der Ständerat einige wichtige und richtige Korrekturen am Entwurf der Rechtskommission vorgenommen hat. Zu den Neuerungen des Vorschlages gehört, dass neue die Aktionäre über das Honorar des Verwaltungsrats bestimmen sollen. Zu den Löhnen der vom Verwaltungsrat angestellten Geschäftsleitung sollen sich die Aktionäre jedes Jahr im Rahmen einer zwingenden Konsultativabstimmung äussern. Statutarisch soll es den Aktionären überdies sogar ermöglicht werden, auch den Lohn der Mitglieder der Geschäftsleitung zu bestimmen. Mit seiner Zustimmung zum Nominiee-Modell will der Ständerat zudem das Problem, dass sich eine zunehmende Anzahl von Aktionären nicht registrieren und damit auch nicht mit Abstimmungsmaterial versorgt werden kann, einer Lösung zuführen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.
 - › **AHV-Revision:** Der Ständerat hat in der Gesamtabstimmung die 11. AHV-Revision mit 16:10 Stimmen bei zwölf Enthaltungen gutgeheissen und damit der vorgeschlagenen Leistungsrevision zugestimmt. In der Detailberatung hat er sich mit 29:7 Stimmen für die Erhöhung des AHV-Rentenalters der Frau auf 65 Jahre ausgesprochen. Mit der Vereinheitlichung des Rentenalters, dem veränderten Rhythmus der Rentenanpassung und der Möglichkeit zur Rentenverbesserung durch die Berücksichtigung der Beiträge im Rentenalter kann die AHV-Rechnung um rund 800 Mio. Franken pro Jahr entlastet werden. Damit wurden wichtige und notwendige Massnahmen zur finanziellen Sicherung der AHV getroffen. Die Revision schafft zudem mehr Flexibilität und bringt die erwünschte Gleichstellung der Geschlechter. Entgegen der Haltung der Fraktion FDP-Liberale hat der Ständerat gleichzeitig eine subventionierte und auf zehn Jahre befristete Vorruhestandsleistung beschlossen. Damit wird der Rentenvorbezug für Einkommen bis 82'000 Franken vergünstigt. Es entstehen Mehrkosten von insgesamt 4 Mrd. Franken. Die jährlichen Kosten von 400 Mio. Franken soll der Bund tragen. Weil die Vorruhestandsleistung bereits ab 2011, die Angleichung des Rentenalters der Frauen aber erst nach einer Übergangszeit von vier Jahren in Kraft tritt, wird die AHV unter dem Strich erst nach 2020 entlastet. Das ursprüngliche Ziel der Revision, die Finanzierung bis 2020 zu sichern, rückt damit in weite Ferne. Mit dem Entscheid des Ständerats wurde die Chance verpasst, das eingesparte Geld für eine nachhaltige Finanzierung zu nutzen. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat.
 - › **4. Revision der Arbeitslosenversicherung:** Der Ständerat hat als Erstrat die Weichen für eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung gestellt. In der Gesamtabstimmung sprach sich die kleine Kammer mit 30 zu 8 Stimmen für die Vorlage aus. Der Rat folgte weitgehend den Anträgen der des Bundesrates. Der Beitragssatz von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird von 2 auf 2,2 Prozent erhöht. Für den Schuldenabbau werden zeitlich befristet eine zusätzliche Beitragserhöhung von 0.1 Prozent-
-

punkten sowie ein sogenanntes Solidaritätsprozent auf höhere Einkommen erhoben. Die Beitragsdauer wird sich künftig auf den Bezug von Arbeitslosengeldern auswirken. Mit einer Beitragszeit von 12 Monaten sollen neu nur noch 260 Taggelder bezogen werden. Über 55-Jährige können neu 520 Taggelder beziehen, wenn sie 22 Monate lang Beiträge gezahlt haben. Für junge Erwachsene bis zum 30. Lebensjahr soll der Begriff einer „zumutbaren Arbeit“ in Zukunft weiter gefasst werden. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

- › **Weiterführung und befristete Aufstockung der Währungshilfe:** Der Ständerat befasste sich in der Sommersession mit der Weiterführung der Währungshilfe sowie mit der ausserordentlichen, zeitlich befristeten Aufstockung der Mittel für den Währungsfonds. Mit der ersten Vorlage wird ein Rahmenkredit von 2500 Millionen Franken bewilligt. Auf dieser Grundlage kann der Bundesrat bei Störungen des internationalen Währungssystems oder zugunsten einzelner Staaten Währungshilfe in Form von Darlehen, Garantieverpflichtungen und A-fonds-perdu-Beiträgen leisten. Der Ständerat sprach sich als Zweitrat oppositionslos für die Weiterführung des laufenden Rahmenkredits bis Ende 2013. Bei der zweiten Vorlage handelt es sich um einen zusätzlichen Rahmenkredit von 12,5 Milliarden Franken; dieser ausserordentliche Beitrag ist auf zwei Jahre befristet und dient der Mittelaufstockung des Internationalen Währungsfonds (IWF) bis zu höchstens 10 Milliarden US-Dollar zur Bewältigung der Weltfinanzkrise. Der Ständerat stimmte dieser Vorlage im Sinne der FDP. Die Liberalen mit 28 zu 4 Stimmen zu. Diese Vorlage geht nun an den Nationalrat.
 - › **Entscheid über „Lohndeckel“ vertagt:** Auf Antrag von Christoffel Brändli (SVP/GR) hat der Ständerat mit 21 zu 17 Stimmen entschieden, die vom Nationalrat gegen den Willen der Fraktion RL angenommene Motion „Weniger Risiken für den Finanzmarkt“ an die WAK-S zurückzuweisen. Die Motion verlangt eine staatlich verordnete Begrenzung von Managerlöhnen bei Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten. Zudem soll das Klumpenrisiko für die Schweiz durch Trennung der Bankaktivitäten reduziert werden. Die Kommission ist nun aufgefordert, den Punkt betreffend die Salärstruktur des obersten Managements von Finanzinstituten, die Staatshilfe erhalten, nochmals zu überprüfen und allenfalls den Antrag anzupassen. Dagegen überwies die kleine Kammer eine Motion der Finanzkommission, welche den Bundesrat beauftragt, von der FINMA zu verlangen, dass sie die Weisungen zur Vergütungspolitik der Schweizer Banken bis Ende Mai 2009 veröffentlicht. Die FINMA hat diese Weisungen fristgerecht der Öffentlichkeit vorgestellt.
 - › **Nein zu Initiative gegen Kriegsmaterialausfuhr:** Der Ständerat lehnt die Volksinitiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“ deutlich mit 23 zu 3 Stimmen ab. Diese verlangt ein Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial, besonderen militärischen Gütern sowie Immaterialgütern einschliesslich Technologien zur Entwicklung, Herstellung oder Verwendung dieser Güter. Der Ständerat folgt damit der Empfehlung des Bundesrates, welcher die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. Die Vertreter der FDP-Liberale Fraktion sprachen sich in der Debatte entschieden gegen die Initiative aus. Vor dem Hintergrund der schwierigen Wirtschaftslage würde das Exportverbot die mutwillige Gefährdung von Arbeitsplätzen bedeuten. Dies wäre wirtschafts- und sicherheitspolitisch unverantwortlich. Zudem besitzt die Schweiz eine strenge und effiziente Kontrolle im Bereich der Kriegsmaterialausfuhr sowie im Bereich der Dual-Use-Güter.
 - › **Minarettinitiative gültig, aber untauglich:** Der Ständerat hat sich als Zweitrat mit der Volksinitiative „gegen den Bau von Minaretten“ befasst. Die Initiative möchte den Satz „der Bau von Minaretten ist verboten“ in der Verfassung verankern. Der Rat sprach sich nach längerer Debatte mit 24 zu 16 Stimmen für die Gültigkeit der Initiative aus. Die Empfehlung an die Stimmbürger lautet auf Ablehnung. Mit 36 zu 3 Stimmen beschloss der Ständerat diese Empfehlung und folgte damit seiner vorberatenden Kommission. In der vergangenen Frühjahrsession hatte auch der Nationalrat nach einer teilweise hitzigen Debatte die Initiative mit 129:50 Stimmen abgelehnt.
 - › **Neuregelung der Unterstellung der Bundesanwaltschaft:** Als Folge der neuen schweizerischen Strafprozessordnung, die 2010 in Kraft treten soll, muss auch die Organisation der Strafbehörden des Bundes angepasst werden. Der Ständerat hat sich als Erstrat mit dem Gesetz befasst. Zu diskutieren gab insbesondere die Frage der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft. Der Rat folgte dem Vorschlag der Kommission, den Bundesanwalt durch die Bundesversammlung und die Bundesanwaltschaft der
-

Aufsicht einer gemischten, unabhängigen Behörde zu unterstellen. Der Vorschlag des Bundesrates, diese Aufsicht bei ihm anzusiedeln wurde klar verworfen. Die vom Ständerat nun vorgeschlagene Lösung entspricht der Haltung der FDP.Die Liberalen. In der Vernehmlassung vom Dezember 2007 hat die Partei vorgeschlagen, die Aufsicht der Bundesanwaltschaft einem gemischten Aufsichtsorgan – einem „Conseil de la Magistrature“ zu übertragen.

- › **Vierjährige Rüstungsprogramme:** Der Ständerat hat es verpasst, das heutige unbefriedigende Verfahren für die Beschaffung von Rüstungsgütern zu verbessern. Gegen den Willen der FDP-Vertreter hat die kleine Kammer die parlamentarische Initiative von Didier Burkhalter (FDP/NE) mit 21 zu 16 Stimmen abgelehnt. Die Initiative schlug vor, dass der Bundesrat Rüstungsprogramme zukünftig in Form von Rahmenkrediten mit einer Laufzeit von vier Jahren dem Parlament vorlegen sollte. Ziel des Vorstosses ist es, die finanzielle Stabilität und Planungssicherheit für die Armee zu erhöhen.
 - › **Ökologische Steuerreform:** Der Ständerat will, dass der Bundesrat die ökologische Steuerreform vorantreibt. Oppositionslos beauftragte er den Bundesrat, Vorschläge auszuarbeiten, um das Steuerwesen umweltgerechter auszugestalten. Konkret soll die Regierung zuerst einen Bericht vorlegen über die Wirksamkeit der bestehenden Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Daraus soll er dann eine Vorlage ausarbeiten, um die Rahmenbedingungen zu verbessern.
 - › **Kulturförderungsgesetz:** Der Ständerat hat das Kulturförderungsgesetz ohne Opposition verabschiedet. Die Nachwuchsförderung soll dabei gemäss der Vorlage des Bundesrats von Pro Helvetia wie vom Bundesamt für Kultur wahrgenommen werden. Der NR wollte diese Aufgabe allein der Pro Helvetia übertragen. Weiter entschied der Ständerat, dass der Bundesrat die strategischen Ziele für die Stiftung festlegen soll und nicht die Pro Helvetia. Die Motion 09.3469 zur Verbesserung der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden wurde entgegen dem Willen des Bundesrats angenommen. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat.
 - › **Museumsgesetz bereinigt:** Das Gesetz verpflichtet erstens sämtliche Museen und Sammlungen des Bundes auf gemeinsame Ziele und erteilt ihnen einen einheitlichen Grundauftrag. Zweitens bildet es die Rechtsgrundlage für ein Schweizerisches Nationalmuseum. Der Ständerat hat die Differenzen zum Nationalrat bereinigt.
 - › **Vereinfachung des Informationsaustauschs:** Der Ständerat hat sich als Zweitrat für den erleichterten polizeilichen Informationsaustausch mit den Strafverfolgungsbehörden der Schengen-Staaten ausgesprochen. Die Vorlage bezweckt eine Erleichterung des Informationsaustauschs. Gestützt auf das neue Gesetz werden aber keine Daten ausgetauscht, die nicht bereits nach geltendem Recht weitergegeben werden dürfen. Das Geschäft ist damit bereinigt.
 - › **Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen:** Der Ständerat hat die letzten Differenzen bei der Vorlage zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien bereinigt. Private sollen künftig Zuwendungen an politische Parteien von den Steuern abziehen können (10'000 Franken bei der direkten Bundessteuer; bei den Kantonssteuern soll der Kanton die Maximalbeträge festlegen). Die kleine Kammer schloss sich beim Steuerabzug von juristischen Personen dem Nationalrat und dem Bundesrat an, die sich bereits früher gegen einen solchen Abzug ausgesprochen haben, da Unternehmen bereits heute finanzielle Beiträge abziehen können. Die Vorlage ist damit bereinigt.
 - › **Bedingter Rückzug von Volksinitiativen:** Der Ständerat hat sich in der dritten Sessionswoche einstimmig für den Vorschlag der Staatspolitischen Kommission ausgesprochen, wonach künftig ein bedingter Rückzug einer Volksinitiative möglich sein soll. Ein Initiativkomitee soll eine Initiative demnach unter dem Vorbehalt zurückziehen können, dass ein vom Parlament ausgearbeiteter indirekter Gegenvorschlag später auch tatsächlich in Kraft tritt. Die FDP.Die Liberalen hatten sich in der Vernehmlassung zu dieser Vorlage gegen den bedingten Rückzug ausgesprochen.
 - › **Ständerat fordert Regierungsreform:** Der Ständerat hat eine Motion von Didier Burkhalter (FDP/NE) einstimmig gugeheissen, in welcher der Bundesrat beauftragt wird, in der nächsten Legislaturplanung eine Neuorganisation der Regierungsaufgaben vorzulegen. In der Debatte äusserten mehrere Ständeräte ihren Unmut, dass der Bundesrat das Thema Regierungsreform vor sich herschiebt, obwohl zahl-
-

reiche parlamentarische Vorstösse überwiesen wurden, die Reformen fordern. Der Bundesrat – der die Motion noch nicht formell beantwortet hat, verwies auf eine Aussprache zu diesem Thema, welche im August 2009 stattfinden soll.

- › **Kein Sicherheitsgesetz:** Der Ständerat ist mit 26 zu 7 Stimmen nicht auf ein neues Gesetz zur Prüfung und Kontrolle der technischen Sicherheiten eingetreten. Kommissionssprecher Rolf Büttiker (FDP/SO) begründet die Ablehnung mit den Kosen für die Wirtschaft und administrativen Mehraufwand. Zudem funktioniere die Kontrolle heute befriedigend. Ein entsprechendes Gesetz war nach dem schweren Seilbahnunglück auf der Riederalp gefordert worden. Die Vorlage geht an den Nationalrat.
 - › **Parlamentarische Immunität:** SVP-Präsident Toni Brunner bleibt ein Strafverfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung im Fall Blocher/Roschacher erspart. Der Ständerat hat die Immunität des St. Galler Nationalrats ein zweites Mal geschützt. Auch die Immunität von Christoph Mörgeli, Lucrezia Meier-Schatz und Jean-Paul Glasson wird nach dem Willen des Ständerates nicht aufgehoben.
 - › **Unrealistische Forderungen im Bereich der Solarenergie:** Der Ständerat will Solarenergie zur Warmwasseraufbereitung stärker fördern. Mit 20 gegen 13 Stimmen – und gegen den Willen der FDP – befürwortete er eine Motion, welche eine Milliarde Franken für die Förderung von Sonnenkollektoren verlangt. Der bis 2012 befristete Fonds soll zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel durch die Stromwirtschaft finanziert werden. Wer in eine thermische Solaranlage investieren will, soll mit 20 Prozent Investitionsbeiträgen unterstützt werden. Vollkommen unklar ist, woher das Bundesgeld kommen soll.
 - › **Anschubfinanzierung für Krippen:** Der Ständerat heisst eine vom Nationalrat überwiesene Motion der WBK-NR gut, die fordert, dass der Bund auch nach der bis Anfang 2011 befristeten „Anschubfinanzierung“ Finanzhilfen an neue Kinderbetreuungsplätze leistet. Mit 20 zu 19 Stimmen unterlag ein Antrag, das Engagement des Bundes zeitlich zu befristen.
 - › **Set-Top-Boxen:** Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen das Empfangsgerät im digitalen Kabelfernsehen zu angemessenen Bedingungen frei wählen können. Das Parlament verlangt vom Bundesrat, dazu die Gesetzesgrundlagen auszuarbeiten. Stillschweigend hiess der Ständerat eine vom Nationalrat abgeänderte Motion gut.
 - › **Konsumentenschutz:** Der Ständerat will die Konsumenten von missbräuchlichen Klauseln im „Kleingedruckten“ schützen. Er beharrt auch auf einer Verbesserung des Konsumentenschutzes bei Einkäufen über Internet oder Telefon, dies unter anderem mit einem befristeten Widerrufsrecht, wie es die EU kennt. Der Ständerat hat drei entsprechende Parlamentarische Initiativen oppositionslos unterstützt. Der Nationalrat hatte die Vorstösse zum Online- und Telefonhandel abgelehnt; er muss sich nun ein zweites Mal damit befassen.
 - › **Unterbindung von Scheinehen:** Als Zweitrat hat der Ständerat eine Änderung der Vorschriften über die Eheschliessung gutgeheissen. Damit soll sichergestellt werden, dass nur noch Brautleute getraut werden, die sich rechtmässig in der Schweiz aufhalten.
 - › **Keine „Einschweizerung“ von ausländischen Namen:** Der Ständerat hält nichts davon, die Änderung ausländischer Namen bei der Einbürgerung zu erleichtern, damit Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt weniger diskriminiert werden. Er hat mit 23 zu 6 Stimmen ein entsprechendes Postulat abgelehnt. Der Ständerat folgt damit dem Bundesrat, der an den strengen Voraussetzungen für eine Namensänderung nicht rütteln will. Danach wird eine Änderung nur bewilligt, wenn der Name als lächerlich, hässlich oder anstössig erscheint oder immer wieder verstümmelt wird. Subjektive Gründe sind laut Bundesgericht grundsätzlich bedeutungslos.
 - › **Rundstreckenrennen:** Rundstreckenrennen sollen in der Schweiz verboten bleiben. Der Ständerat ist zum zweiten Mal nicht auf eine parlamentarische Initiative von Ulrich Giezendanner (SVP/AG) eingetreten, welche die Wiedereinführung von Formel-1-Rennen verlangte.
-

6. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Sondersession 2009 folgende Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Postulat Observatorium internationale Finanzplätze:** Dieser Vorstoss bezweckt die Stärkung des Finanzplatzes Schweiz. Der Bundesrat wird gebeten, die Schaffung eines Observatoriums der internationalen Finanzplätze zu prüfen.
- › **Dringliche Interpellation zur Gesundheitspolitik:** Die FDP-Liberale Fraktion setzt sich dafür ein, dass das Gesundheitswesen leistungsfähig bleibt, die hohe Qualität gehalten und verbessert sowie die Wahlfreiheit der Patienten garantiert wird. Vor diesem Hintergrund stellte die Fraktion dem Bundesrat mehrere Fragen betreffend die Strategie in der Gesundheitspolitik.

7. Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 17 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- mit 114 zu 9 Stimmen bei 71 Enthaltungen (Nationalrat) und 34 zu 4 bei 4 Enthaltungen (Stände rat) die Änderung der Abstimmungsvorlage vom 27. September über die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV (Verschiebung des Inkrafttretens um ein Jahr auf Anfang 2011),
 - mit 131 zu 63 und 35 zu 7 bei 3 Enthaltungen den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“ empfiehlt;
 - mit 132 zu 51 bei 11 Enthaltungen und 39 zu 3 bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „gegen den Bau von Minaretten“ empfiehlt;
 - mit 186 zu 5 bei 2 Enthaltungen und 41 zu 0 bei 4 Enthaltungen das total revidierte Mehrwertsteuergesetz;
 - mit 102 zu 74 bei 16 Enthaltungen und 32 zu 10 die Änderung des CO₂-Gesetzes (Teilzweckbindung);
 - mit 101 zu 82 bei 10 Enthaltungen und 43 zu 2 bei 2 Enthaltungen das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse, mit dem das Cassis-de-Dijon-Prinzip eingeführt wird;
 - mit 135 zu 56 bei 3 Enthaltungen und 45 zu 0 das Produktesicherheitsgesetz;
 - mit 186 zu 1 und 6 Enthaltungen und 45 zu 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes;
 - mit 107 zu 74 bei 4 Enthaltungen und 37 zu 5 bei 2 Enthaltungen die Verlängerung des Ärztestopps bis Ende 2011;
 - mit 123 zu 68 bei 3 Enthaltungen und 32 zu 13 die Änderung des Zivilgesetzbuches in Bezug auf die Unterbindung von Scheinehen;
 - mit 140 zu 43 bei 11 Enthaltungen und 37 zu 4 bei 3 Enthaltungen das Bundesgesetz über die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien;
 - mit 120 zu 68 bei 2 Enthaltungen und 43 zu 0 bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Teilnahme am EU-Filmförderungsprogramm MEDIA;
 - mit 188 zu 3 bei 2 Enthaltungen und 42 zu 0 bei 1 Enthaltung eine Änderung des Freizügigkeitsgesetzes, die den Vorsorgeschutz von Arbeitnehmern verbessert, deren Arbeitsverhältnis kurz vor dem ordentlichen Rentenalter aufgelöst wird;
 - mit 190 zu 0 bei 3 Enthaltungen und 45 zu 0 ein Zusatzprotokoll betreffend Organspende zum Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin;
 - mit 95:60 bei 38 Enthaltungen und 42:0 bei 1 Enthaltung die Übernahme des Schengen-Besitzstandes bei der Vereinfachung des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden;
 - mit 192:0 und 43:0 der Rahmenvertrag mit Liechtenstein über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzraum;
 - mit 156:34 bei 3 Enthaltungen und 43:0 die Verordnung der Bundesversammlung über die Erhöhung der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht.
-